
844/A(E) XXIV. GP

Eingebracht am 05.11.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Grünewald, Glawischnig-Piesczek, Freundinnen und Freunde

betreffend Qualitätsverbesserung an Österreichischen Hochschulen

Bildung ist das entscheidende Zukunftsthema für Österreich – und die österreichischen Hochschulen sind den anstehenden Herausforderungen nicht gewachsen.

Österreich braucht mehr Studierende, nicht weniger. Dazu müssen die Ressourcen der Universitäten verbessert und die Qualität der Studien gesichert werden, denn die derzeitigen Arbeitsbedingungen an österreichischen Universitäten ermöglichen keine qualitativ hochwertige Ausbildung.

Österreichische Studierende vieler Universitäten versuchen seit Oktober 2009, auf konkrete Missstände aufmerksam zu machen. In einem basisdemokratisch beschlossenen Forderungskatalog legen sie dar, wie moderne, zeitgemäße Universitäten organisiert werden sollten.

Die Forderungen der Studierenden lauten:

- 1) Bildung statt Ausbildung - Bildung für eine mündige Gesellschaft und nicht bloße Ausbildung nach wirtschaftlicher Verwertbarkeit!
- 2) Freier Hochschulzugang
- 3) Demokratisierung der Universitäten
- 4) Ausfinanzierung der Universitäten
- 5) Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes an allen österreichischen Universitäten
- 6) Beendigung der prekären Dienstverhältnisse an den Universitäten
- 7) 50% Frauenquote in allen Bereichen des universitären Personals

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung wird aufgefordert, die Vorschläge der Studierenden umzusetzen und damit eine Qualitätsverbesserung an österreichischen Hochschulen zu gewährleisten.

Der Bundeskanzler, der Vizekanzler und der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung werden aufgefordert, sofort mit den Studierenden, VertreterInnen der Universitäten und Fachhochschulen, der Forschungsförderorganisationen, des Rats für Forschung und Technologieentwicklung sowie dem Wissenschaftsrat in einen ständigen Dialog über Ziele und Aufgaben des tertiären Bildungssektors einzutreten und diesen nicht zu beenden, ehe ein gemeinsames Ergebnis vorliegt.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Wissenschaftsausschuss vorgeschlagen.